

Anforderungen an die Integrationspolitik in den großen Wohnsiedlungen

Die Kommunen und Wohnungsunternehmen haben in den letzten Jahrzehnten vielfältige Erfahrungen mit der Unterbringung und Integration von Zuwanderern in den großen Wohnsiedlungen der 1920er bis 1980er Jahre gesammelt. Engagiertes Quartiersmanagement, intensive Betreuung und sensible Belegungspolitik haben bewirkt, dass der soziale Frieden in den Nachbarschaften gewahrt blieb und die Menschen gut und sicher in ihren Quartieren wohnen.

Wir haben gelernt: die Stabilisierung der Nachbarschaften in benachteiligten Quartieren ist eine Daueraufgabe. Zum Beispiel hat sich die Integration der Zuwanderer aus den 1990er Jahren, u. a. der deutschen Aussiedler aus Russland, als generationenübergreifende Herausforderung erwiesen.

Wir wissen, wie sensibel das Zusammenleben in ethnisch stark gemischten Quartieren unterstützt werden muss, um Konflikte zu vermeiden. Kleinteilige Betreuung bis hin zum teilweise einzelfallbezogenen Engagement war der Schlüssel zu den bisherigen Erfolgen. Die enge Kooperation der Wohnungsunternehmen mit Schulen, Kitas, Sport- und Kulturvereinen sowie mit sozialen Trägern hat die Integration befördert.

Dieser Erfahrungshintergrund zeigt uns, dass die durch die derzeitige Einwanderung absehbaren Integrationsaufgaben große Beachtung finden müssen. Die schiere Zahl der nicht nur unterzubringenden, sondern vor allem in unsere Gesellschaft zu integrierenden Menschen stellt eine große Herausforderung dar, zumal sich der kulturelle Hintergrund der jetzt zu uns Kommenden deutlich von den kulturellen Prägungen der vorhandenen, aufnehmenden Nachbarschaften unterscheidet.

Die zuwandernden Menschen werden vor allem dort Betreuung, Arbeit und Unterkunft suchen, wo der Migrantenanteil bereits jetzt am höchsten ist und wo von Seiten der Zuwanderer wie von Seiten der vorhandenen Menschen die schwierigsten Integrationsleistungen erbracht werden müssen: in den großen Wohnsiedlungen, an den Arbeitsplätzen der unteren Einkommensgruppen, in den öffentlichen Kitas und Grundschulen, bei den kommunalen Wohnungsunternehmen.

Die großen Wohnsiedlungen des 20. Jahrhunderts haben sich trotz vieler Probleme, die nicht klein geredet werden dürfen, als Orte bewährt, in denen Integration gelingt. Diese Erfolgsgeschichte muss weitergehen, um Parallelgesellschaften und stigmatisierte Stadtteile, wie in der Pariser Banlieue, zu vermeiden. In den großen Wohngebieten mit ihren kommunalen Wohnungsbeständen und Flächen haben die Kommunen größere Zugriffsmöglichkeiten als in anderen Stadtgebieten, und sie werden verständlicherweise angesichts der Unterbringungsnot dazu tendieren, diese zu nutzen.

Unsere bisherigen Erfahrungen sagen uns: die vorhandene Bevölkerung und ihre sozialen Netzwerke dürfen nicht überfordert werden. Für eine gelingende Integration ist es wichtig, dass die aufnehmende Gesellschaft vor allem in jenen Stadtteilen, die seit Jahren die größten Integrationsleistungen erbringen, die Zuwanderer nicht als Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, sondern als neue Nachbarn und Kollegen erleben kann.

Viele Nachbarschaften in den großen Wohnsiedlungen schultern große Integrationsleistungen. Der Anteil von Bewohnern mit niedrigen Einkommen ist höher als im städtischen Durchschnitt. In benachteiligten Quartieren bezahlen die Jobcenter nicht selten für die Mehrzahl der Haushalte die Miete. Es fehlt an bezahlbarem Wohnraum in den Metropolregionen. Einen Kita-Platz zu finden, ist nicht selbstverständlich. Auf die Schulen kommt eine zusätzliche große Aufgabe zu. Altersarmut wird kennzeichnend für Teile der nächsten Rentnergeneration vor allem in den großen Wohnsiedlungen sein.

Angesichts der großen Zahl der Asylsuchenden werden sich selbst bei größtmöglicher beidseitiger Toleranz in den vorhandenen Nachbarschaften Konflikte nicht vermeiden lassen. Soziale Brennpunkte werden trotz aller Bemühungen, alte Fehler nicht zu wiederholen, kaum zu vermeiden sein. Diese Probleme nicht anzusprechen hieße, sich nicht oder zu spät darauf einzustellen. Sie müssen öffentlich diskutiert werden, um gemeinschaftlich perspektivreiche Lösungen zu finden.

Was ist zu tun?

- Notwendig ist eine sensible und kleinteilige Belegungspolitik gerade in den großen Wohnsiedlungen, die auf die Belastbarkeit vorhandener Nachbarschaften Rücksicht nimmt. Bewährt haben sich freiwillige Kooperationsvereinbarungen zwischen Kommunen und Wohnungsunternehmen, um soziale Spannungen in den Nachbarschaften zu vermeiden bzw. zumindest zu dämpfen.
- Die große Aufgabe der Integration von Flüchtlingen darf nicht dazu führen, den ganzheitlichen Ansatz des Programms "Soziale Stadt" in den Quartieren zu schmälern.
- Erforderlich ist ein finanziell und personell der Dimension der neuen Herausforderungen entsprechendes Sonderprogramm "Integration", um in Korrespondenz zum Programm Soziale Stadt die Betreuung der Flüchtlinge in den Nachbarschaften zu unterstützen. Hier geht es nicht um Millionen, sondern um Milliarden, nicht um ein temporäres Programm, sondern um langfristige Kontinuität. Dieses Programm muss auch Wohnungsunternehmen offenstehen, um zusätzliches Personal für integrative Maßnahmen finanzieren zu können.

Der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen und das Kompetenzzentrum Großsiedlungen bringen langjährige Erfahrungen in die praktische Gestaltung der Integration in den großen Wohnsiedlungen vor Ort ein. Wir stehen als Ansprechpartner der Politik bereit.